



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack

KERSTIN TACK

HANNOVER IM HERZEN.
DEUTSCHLAND IM BLICK.



Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Halbjahr neigt sich dem Ende zu und im politischen Berlin geht es in die zweimonatige Sommerpause.

Einige Themen konnten wir erfolgreich in politisches Handeln umsetzen, wie die Einführung des Mindestlohnes, das Pflegestärkungsgesetz und das Familienpflegezeitgesetz, die Mietpreisbremse, die Erhöhung der Städtebauförderung und vieles mehr. Anderes wird uns auch nach der Sommerpause weiter beschäftigen. So ist mit dem Einbringen der Vorratsdatenspeicherung die parlamentarische Arbeit jetzt aufgenommen worden. Die unterschiedlichen Einschätzungen zu diesem Gesetz haben in unserer Partei zu lebhaften Debatten geführt. Ich

habe mich klar gegen das Gesetz ausgesprochen und hatte deshalb auch einem Einbringen im Rahmen der Abstimmung in unserer Fraktion widersprochen. Nun bleibt abzuwarten, ob es im parlamentarischen Verfahren zu Änderungen kommen wird. Der Abschluss ist für Herbst geplant.

Außerdem bleiben natürlich auch die schwierigen Debatten um die Europa- und die Außenpolitik sowie die Flüchtlingspolitik.

Auf Ihre und Eure Beiträge zu diesen Diskussionen freue ich mich sehr.

Alles Liebe
Ihre und Eure
Kerstin Tack, MdB

NSA-BND-Spähaffäre

Seit Wochen sind die Selektoren (Suchmerkmale), die die US-amerikanische National Security Agency (NSA) im Rahmen einer Kooperation mit dem Bundesnachrichtendienst (BND) zur Terrorismusbekämpfung in dessen Analyserechner eingespeist haben soll, Thema in Politik und Medien. Dabei geht es um Suchwörter und Begriffe, die in ein gemeinsames Datennetz von NSA und BND durch die NSA eingespeist worden sind.

Unter den Selektoren (zum Beispiel IP-Adressen sowie Telefon- und E-Mail-Anschlüsse) sollen sich Begriffe befunden haben, die in den Bereich der Wirtschaftsspionage und der Ausspähung der EU-Kommission und anderer europäischer Länder hineinreichen könnten. Bekannt wurde dies aufgrund von Unterlagen des NSA-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages. Bisher blockieren jedoch Kanzleramt und die Spitze des BND die nötige Aufklärung.

Seit Bekanntwerden der Affäre setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion massiv dafür ein, dass das Parlament in geeigneter Weise informiert wird.

Fortsetzung auf Seite 2

Der Praxis über die Schulter geschaut – mein Praxistag beim Hauptzollamt Hannover

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn von 8.50 Euro. Für die Prüfung der Zahlung des Mindestlohnes sowie für die Ahndung von Mindestlohnverstößen ist die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung zuständig. Und um genau dieses Prüfverfahren einmal aus nächster Nähe mitzuerleben, hospitierte ich am 26. Mai beim Hauptzollamt Hannover.



Nach einer kurzen Begrüßung durch die Leiterin des Hauptzollamts Hannover, Frau Doris Schmidt, startete mein Praxistag mit einer ausführlichen Einsatzbesprechung, die vom Prüfungsleiter Gustav Kluck geleitet wurde. Anschließend ging es zum ausgesuchten Prüfungsobjekt: einer hannoverschen Baustelle. Dort wurde mit allen anwesenden Bauarbeitern intensiv über ihre arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen geredet. Im anschließenden Auswertungsgespräch wurde schnell klar, dass der Zoll – aufgrund der kurzen Einführungszeit – noch keine qualifizierten Aussagen zum Umgang mit dem Mindestlohn machen kann. Nur eins steht außer Frage: Um dieser wichtigen Kontrollaufgabe gerecht zu werden und eine flächendeckende Präsenz zu gewährleisten, benötigt der Zoll die beschlossenen zusätzlichen 1.600 Stellen dringend.

NSA-BND-Spähoffäre

Fortsetzung von Seite 1

Wir brauchen effizient arbeitende Geheimdienste auf einer breiten Legitimationsbasis. Aber der BND muss sich an Recht und Gesetz halten. Wirtschaftsspionage und das Ausspähen unserer europäischen Partner ist auf keinen Fall zulässig. Deswegen sind die Geheimdienste, aber auch das Kanzleramt als Aufsichtsbehörde gehalten, den ganzen Sachverhalt umfassend aufzuklären. Ob allerdings die Kanzlerin dazu wirklich bereit ist die Spionage-Affäre aufzuklären, ist anzuzweifeln.

Gab es doch im August 2013, nachdem die Dokumente des Whistleblowers Edward Snowden öffentlich wurden, die Ankündigung aus dem Kanzleramt, dass ein sogenanntes „No Spy Abkommen“ mit den USA, auf bestem Wege sei.

Wie wir heute wissen, war dies eine (gezielte?) Desinformation und wohl nur dem Wahlkampf geschuldet. Denn die US-Regierung hat anscheinend Deutschland nie konkret versprochen, einen solchen Pakt auch nur ernsthaft zu erwägen.

Tarifautonomie, Streikrecht und Tarifeinheit



Am 22. Mai 2015 hat der Deutsche Bundestag das Tarifeinheitsgesetz verabschiedet.

Das Gesetz stellt den bewährten Rechtszustand wieder her, der bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes im Jahr 2010 galt: ein Betrieb – ein Tarifvertrag.

In jedem Betrieb wird für eine Beschäftigtengruppe fortan ein Tarifvertrag gelten – das ist das Prinzip mit dem sich der Grundsatz der Tarifeinheit zusammenfassen lässt.

Das Tarifeinheitsgesetz kommt allerdings nur dann zur Anwendung, wenn sich in einem Betrieb Tarifverträge überschneiden. In so einem Fall der Tarifkollision wird nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft angewendet, die im Betrieb über die meisten Mitglieder verfügt. Das ist gerecht, weil damit diejenigen Tarifkräfte gestärkt werden, die die Verhandlungen im Sinne des gesamten Betriebes führen. Es wird damit eine Regelung geschaffen, die möglichst wenig in das Gefüge der Sozialpartner eingreift und die Hauptverantwortung für eine verantwortungsvolle Tarifpolitik bei ihnen belässt.

Das Streikrecht bleibt aber unangetastet. Kleine Gewerkschaften können auch weiterhin für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten. Im Konfliktfall wäre es allerdings am besten, wenn sich konkurrierende Gewerkschaften vor den Tarifausschüssen zum Wohle der gesamten Belegschaft einigen.

Interview mit dem Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske



In vielen kommunalen Kindertagesstätten und anderen Betreuungseinrichtungen in Deutschland wird seit dem 8. Mai unbefristet gestreikt. Die Erzieherinnen und Erzieher sowie andere Beschäftigte im Bereich der Sozialen Arbeit wurden von ver.di aufgerufen, ihre Arbeit unbefristet niederzulegen. Was genau sind die Hintergründe dieses Streiks, welche Arbeitsbedingungen werden kritisiert und warum ist dieser so wichtig?

Im Sozial- und Erziehungsdienst arbeiten bundesweit rund 750.000 Beschäftigte, bei Kommunen, freien und kirchlichen Trägern. Derzeit verhandelt ver.di für die Beschäftigten in kommunalen Einrichtungen, etwa 240.000 Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Kinderpflegerinnen, Heilpädagogen und Sozialarbeiter, über eine deutliche Aufwertung dieses Berufsfeldes. Es geht um die Beschäftigten in Kindertagesstätten und Horten, in Jugendzentren, offenen Ganztagschulen, in der Schulsozialarbeit, in Heimen für Kinder und Jugendliche, im allgemeinen Sozialdienst sowie Angeboten und Einrichtungen der Behindertenhilfe. Die Anforderungen und Erwartungen an die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Mehr bezahlt wird deswegen aber noch lange nicht. Das muss sich ändern. Dafür haben pädagogische Fachkräfte in Kitas, Sozialarbeiter und Beschäftigte aus der Behindertenhilfe gestreikt. Dabei geht es zugleich auch um die berechnete Aufwertung typischer Frauenberufe. Im ganzen Land ist eine breite Bewegung für eine deutlich bessere Bezahlung der Arbeit am und mit Menschen entstanden.

Welche genauen Forderungen an die künftige Ausgestaltung der Beschäftigung hat ver.di?

Wir wollen eine deutliche Aufwertung der sozialen und erzieherischen Tätigkeiten durch eine bessere Eingruppierung, die der

gewachsenen Bedeutung dieser Berufsfelder entspricht. Die pädagogischen Anforderungen haben sich für Erzieherinnen in den letzten Jahren deutlich erhöht. Der ständig wachsenden Verantwortung, die in individuellen Bildungsberichten und Elterngesprächen regelmäßig dokumentiert werden muss, steht allerdings keine angemessene Vergütung gegenüber. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Allgemeinen Sozialdienst agieren in einem komplizierter gewordenen Umfeld mit vermehrt auftretenden psychischen Erkrankungen bei Erwachsenen wie Kindern, zum Teil in Stadtteilen mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmender Kinderarmut, mehr Alleinerziehenden und veränderten Familienkonstellationen. Ähnlich ist die Situation bei den Beschäftigten in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Die Arbeit mit und am Menschen ist pädagogische, soziale oder pflegerische Facharbeit und darf nicht schlechter bezahlt werden als die Arbeit mit Maschinen. Es ist ein Erfolg der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, dass diese Frage jetzt im Zentrum einer breiten gesellschaftlichen Debatte steht.

Was sind die Hinderungsgründe für eine Einigung mit den Arbeitgebern und wie ist der aktuelle Stand?

Die Arbeitgeber haben in fünf Verhandlungsrunden jeden generellen Aufwertungsbedarf kategorisch geleugnet. Auch erneute Verhandlungen in einer sechsten Runde als Folge des unbefristeten Streiks blieben ohne Ergebnis. Beide Seiten haben daraufhin die Schlichtung angerufen, um nichts unversucht zu lassen – zumal keine Seite sich vorwerfen lassen will, angesichts der Belastungen für die Eltern nicht alles unternommen zu haben, doch noch zu einer Einigung zu kommen. Nun haben die Schlichter, der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt für die Arbeitgeber und der ehemalige Ober-

bürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg, für die Gewerkschaften eine Schlichtungsempfehlung vorgelegt, die zwar im materiellen Wert fast doppelt so hoch liegt wie der Stand der letzten Verhandlungsrunde, aber sicherlich können wir alle uns ein besseres Ergebnis vorstellen, als das, was die Schlichter empfohlen haben. Die Schlichtungsempfehlung stellt nicht mehr als einen Schritt in Richtung einer Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe dar. Sie enthält Verbesserungen vor allem bei den erzieherischen Tätigkeiten, in der Behindertenhilfe, bei Leitungen und ihren Stellvertretungen, bringt für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und -pädagogen aber kaum etwas. Deshalb wird jetzt nach Vorstellung und Diskussion der Schlichtungsempfehlung in den Betrieben eine aufsuchende Mitgliederbefragung durchgeführt. Die ver.di-Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst müssen entscheiden, ob sie die Schlichtungsempfehlung als ersten Schritt in Richtung Aufwertung ansehen, oder ob sie nach vier Wochen unbefristetem Streik – in Kenntnis der bisherigen Haltung der Arbeitgeber – eine reelle Chance sehen, durch weitere Streikwochen substanziell mehr zu erreichen als jetzt erzielbar war. Wie das zu beurteilen ist, wird im Zentrum der Diskussionen der nächsten Wochen stehen. Die Mitgliederbefragung soll bis zum 5. August 2015 abgeschlossen sein. Das Ergebnis wird dann in einer erneuten Streikdelegiertenkonferenz und anschließend in der Bundestarifkommission beraten und bewertet.

Hintergrund

Die Gewerkschaften Ver.di, GEW und dbb wollen bei den Verhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern – vertreten durch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) – durchsetzen, dass die 240.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst mehrere Tarifstufen höher eingruppiert werden. Dies hätte ihren Angaben zufolge im Durchschnitt eine Gehaltserhöhung um zehn Prozent zur Folge. Laut VKA beläuft sich die Gesamtforderung für alle betroffenen Gruppen auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr.

Tatsächlich sind die Aufgaben von Erziehern in den vergangenen Jahren gestiegen.

Ein Grund, weshalb viele Kita-Beschäftigte über eine schlechte Bezahlung und fehlende Wertschätzung klagen. Die Einstufung im Tarifsysteem der Erzieherinnen erfolgt nach Tätigkeit und Berufserfahrung. Eine Erzieherin mit achtjähriger Tätigkeit etwa bekommt nach Angaben von Ver.di derzeit 2.946 Euro brutto im Monat, nach den Vorstellungen der Gewerkschaft soll sie künftig 3.387 Euro erhalten.

Die Arbeitgeber halten das für nicht bezahlbar. Sie argumentieren, die meisten Erzieherinnen seien bereits in die höchste Erfahrungsstufe eingruppiert und hätten damit ein Monatsgehalt von 3.289 Euro

– deutlich mehr als manch Beschäftigter in privaten und kirchlichen Einrichtungen.

Insgesamt gibt es in Deutschland etwa 53.400 Kindertagesstätten, betreut werden dort etwa 3,2 Millionen Kinder. Der Streik betrifft die bei den Kommunen beschäftigten Erzieher, die gemäß dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) entlohnt werden. Bestreikt werden nur ihre Einrichtungen – private oder kirchliche Träger etwa sind nicht betroffen. Das sind insgesamt etwa 17.500 Kitas, in denen etwa 1,8 Millionen Kinder betreut werden.

Besuchergruppen in Berlin



15.06.2015: Kerstin Tack mit einer Besuchergruppe der IGS Roderbruch aus Hannover



05.05.2015: Kerstin Tack mit einer Besuchergruppe der Pestalozzi-Schule aus Hannover



29.04.2015: Schülerinnen und Schüler der Lotte-Kestner-Schule zu Besuch im Deutschen Bundestag



20.03.2015: Kerstin Tack mit Schülerinnen und Schülern der Leinetalschule aus Hannover



18. u. 19.03.2015: Besuch einer Gruppe politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis von Kerstin Tack in Berlin



10.06.2015: Kerstin Tack mit Personalräten der Stadt Hannover auf der diesjährigen Betriebs- und Personalrätekonzferenz der SPD-Bundestagsfraktion



20.05.2015: Kerstin Tack bei der Präsentation des Projekts „Barrierefreier Harz“



12.05.2015: Kerstin Tack mit anderen Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf einer Delegationsreise nach Schweden zum Thema Inklusion



23.04.2015: Kerstin Tack im Gespräch mit Gästen aus Pakistan, den Philippinen und Südafrika über inklusive Entwicklungszusammenarbeit



13.04.15: Kerstin Tack zu Besuch im GDA-Wohnstift Hannover-Kleefeld



26.03.2015: Kerstin Tack gemeinsam mit anderen Vertreterinnen und Vertretern aus Deutschland zu Gast beim deutschen Botschafter in Genf während der Staatenprüfung Deutschlands zur UN-Behindertenrechtskonvention

Kerstin Tack unterwegs



03.06.2015: Kerstin Tack übergibt mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft Fahrräder und weitere Spendenartikel an die Bewohner des Flüchtlingsheims Oststadt-Krankenhaus



20.05.2015: Gespräch mit Betroffenen zum Heimkinderfonds für Einrichtungen der Psychiatrie und der Behindertenhilfe – mit dabei: das Frühstücksfernsehen.



02.05.2015: Kerstin Tack, Hans Joachim Wöbbeking, Skål-Deutschland-Präsident Rolf Wenner, Werner Gläser, Alexander Mayrhofer und Stefan Strunck bei der Podiumsdiskussion Barrierefreies Reisen (Quelle: Claudia Ehry/Skål Deutschland)



14.04.2015: Kerstin Tack zu Gast bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken



21.03.2015: Zum Welt-Down-Syndrom-Tag setzt Kerstin Tack im Rahmen der „Socks Battle“ mit bunten Socken ein Zeichen für Vielfalt

Flüchtlinge als Herausforderung – Flüchtlinge als Chance: Podiumsdiskussion zur aktuellen Lage der Flüchtlinge



Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlingen werden in diesem Jahr 450.000 Flüchtlinge in Deutschland erwartet, diese Zahl ist historisch einmalig – und stellt insbesondere unsere Kommunen vor eine große Herausforderung. Am 04.06.2015 fand hierzu eine Veranstaltung im Bürgerhaus Misburg statt, zu der Kerstin Tack ihren Kollegen Burkhard Lischka (innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion), Oberbürgermeister Stefan Schostok, den Regionalleiter Hannover der Deutsch Atlantischen Gesellschaft, Alptekin Kirci, Dr. Peyman Javaher-Haghighi von der Migrantenselbstorganisation kargah sowie den Geschäftsführer vom Flüchtlingsrat Niedersachsen, Kai Weber eingeladen hatte. Mit rund 200 Gästen wurde über Wege zur Gestaltung einer menschlichen und zukunftsfähigen Flüchtlingspolitik diskutiert.

Nach einem Vortrag von Burkhard Lischka und Stefan Schostok, die das Flüchtlingsthema aus Perspektive der Bundesregierung und der Kommune darlegten, kamen die Positionen der weiteren Podiumsteilnehmer zum Tragen. Diese berichteten dabei von ihrer täglichen Arbeit mit Flüchtlingen – und deren Ängste und Nöte. So mussten viele Neuankommlinge teils sehr lange auf einen Platz in einem Deutschkurs warten. Zudem belastet sie die starke Unsicherheit in der Lebensplanung aufgrund ihres ungeklärten Aufenthaltsstatus natürlich auch psychisch. Hinzu kommt die andauernde Sorge um die zurückgebliebene Familie in Kriegsgebieten wie Syrien, die ein Ankommen in Deutschland erschwert.

Der Bund weiß um diese Schwierigkeiten – und hat entsprechend reagiert: Das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurde 2014 und 2015 um 750 Stellen aufgestockt, weitere 750 Stellen wurden im Nachtragshaushalt 2015 bewilligt, um ein schnelleres und effizienteres Asylverfahren zu gewährleisten. Zusätzlich erhalten die Kommunen in diesem Jahr 500 Millionen Euro, um sie bei den Kosten für die Verpflegung und Unterbringung der Flüchtlinge zu entlasten – und gleichzeitig mehr Mittel für Sprachfördermöglichkeiten aufwenden zu können. Damit Asylbewerber und Geduldete schneller im deutschen Arbeitsmarkt integriert werden, können sie sich nun schon nach drei anstatt zwölf Monaten um einen regulären Job bewerben. Natürlich reichen diese Maßnahmen alleine nicht aus. So muss den Flüchtlingen auch ein psychologisches Betreuungsangebot angeboten werden, damit sie ihre traumatischen Kriegs- und Fluchterlebnisse verarbeiten können.

Bei diesem sehr sachlichen und offenen Gesprächsabend nahm auch die Diskussion mit dem Publikum einen großen Raum ein. Immer wieder meldeten sich Ehrenamtliche zu Wort, die von ihrem Engagement für Flüchtlinge berichteten, aber auch viele Fragen an die Politik formulierten.

Quartiersrundgang „Soziale Stadt“ mit Staatssekretär Florian Pronold

Am 28. April besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack zusammen mit Florian Pronold, dem parlamentarischen Staatssekretär aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, die derzeitigen Sanierungsgebiete aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ in ihrem Wahlkreis. Mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.



Nach einer Einführung und Begrüßung durch den Baudezernenten der Landeshauptstadt Hannover, Uwe Bodemann, besuchten die beiden Bundestagsabgeordneten zu Beginn des Rundganges „Soziale Stadt“ die bereits sanierten Gebiete in Stöcken und das dortige Quartiersmanagement. In Hainholz berichtete Jens-Erik Narten von der der Hannoverschen Initiative für Soziale Stadt (HISS) über die erfolgreichen Bautätigkeiten der letzten Jahre rund um das Kulturhaus Hainholz und den zahlreichen sozialen Projekten vor Ort.

Ausgehend vom Stadtteiltreff wurden danach die Einrichtungen im Sanierungsgebiet Sahlkamp-Mitte besucht. Dort sind das lokale Quartiersmanagement, das Projekt Wohnzufriedenheit und der Nachbarschaftsdienstladen (NADiLa) angesiedelt. Beim Rundgang durch das noch zu sanierende Wohngebiet wurden auch die Stadteilgärten und das NaDu Kinderhaus besucht. Zum Ende des Quartiersrundgangs gab es ein Gespräch mit der Sanierungskommission Sahlkamp-Mitte.

Am Ende des Tages mit Staatssekretär Florian Pronold durch den Wahlkreis von Kerstin Tack veranstaltete diese eine Diskussionsveranstaltung mit dem Thema „Leben und Wohnen in der Stadt“. Im Fokus standen hierbei die aktuellen Gesetzesinitiativen der SPD-Bundestagsfraktion, um auf die Entwicklung der Wohnsituation in unseren Städten zu reagieren. So wurden die Bundesmittel für die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro aufgestockt und das Förderprogramm „Soziale Stadt“ erhielt mit 150 Millionen Euro die bisher höchste Mittelausstattung. Weitere Maßnahmen wie die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht wurden eingeführt, um Mieter in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt zu schützen.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland – Impulse aus Genf

Ende März 2015 prüften die Vereinten Nationen erstmals, wie Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2009 umsetzt. Hierzu reiste eine Delegation der deutschen Bundesregierung nach Genf, um dort mit dem UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu sprechen. Kerstin Tack nahm in ihrer Funktion als behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion als Beobachterin an dem Treffen teil.

In seinem abschließenden Bericht lobt der Fachausschuss die bisherigen Bemühungen Deutschlands, macht aber auch deutlich, dass noch viel für die Umsetzung der UN-BRK getan werden muss. Beispielsweise stellt das Gremium fest, dass es noch zu viele Sonderwelten für Menschen mit Behinderungen gibt und der Zugang zu den eigenen vier Wänden, zu Regelschulen und auf den ersten Arbeitsmarkt weiter verbessert werden muss.

Die erste Staatenprüfung der Bundesrepublik liefert wichtige Impulse für die weitere Umsetzung der UN-BRK in Deutschland. Zugleich werden viele Empfehlungen des Ausschusses durch aktuelle Reformvorhaben für diese Legislaturperiode bereits angegangen. Hierzu zählen die Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK, die Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes oder das geplante Bundesteilhabegesetz, das im kommenden Jahr verabschiedet und 2017 in Kraft treten soll.

Impressum:

kontakt | Ausgabe 2/2015 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack.wk@bundestag.de
Redaktion: Juliane Binder, Maria-Theresa Eggers,
Franziska Latta, Heidi Röder und Frank Straßburger
Layout und Satz: Knud Lagershausen
Gedruckte Auflage: 2.500 Exemplare
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Juni 2015

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll / Florian Jänicke
S. 3 Frank Bsirske | Kay Herschelmann
S. 4 02.05.2015 | Claudia Ehry/Skål Deutschland

Aus meinem Terminkalender Juli bis Oktober 2015

- 11.07. 4. Jahrestag „Hannoversche Initiative für Soziale Stadt“, Hannover
- 13.07. Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion, Hannover
- 14.07. Fraktion vor Ort-Veranstaltung zum Thema „Sterbehilfe“ mit MdB Edelgard Bulmahn, MdB Caren Marks und MdB Matthias Miersch, Hannover
- 19.07. Sommerfest Groß-Buchholz, Hannover
- 19.07. Sommergrillen beim Kleingartenverein Neue Hoffnung mit Ministerpräsident Stephan Weil, Hannover
- 20.-28.07. Besuch der Special Olympics Wetsommerspiele Los Angeles 2015, USA
- 23.08. Besuch des Schützenfests Groß-Buchholz, Hannover
- 26.08. Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit MdB Dirk Wiese zum Bundesteilhabegesetz, Olsberg
- 27.08. Besuch bei den IG Metall Senioren Stöcken, Hannover
- 02.-04.09. Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion, Mainz
- 05.09. Lister Meilenfrühstück, Hannover
- 05.09. Jahnplatzfest, Hannover
- 06.09. Festessen und Festumzug beim Schützenfest Kleefeld, Hannover
- 07.-11.09. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 07.09. Besuch einer Gruppe der Lebenshilfe im Deutschen Bundestag, Berlin
- 12.09. SPD-Bezirksparteitag, Hannover
- 19.09. Bothfelder Herbstmarkt, Hannover
- 19.09. Jubiläumsfeier 35 Jahre Selbsthilfegruppe Aphasie, Hannover
- 19.09. Stadtteilstadtteilfest Sahlkamp-Vahrenheide, Hannover
- 21.-25.09. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 24.09. Besuch einer Gruppe der Schützen Vinnhorst im Deutschen Bundestag, Berlin
- 25.09. Treffen des Präsidiums von Special Olympics Deutschland, Berlin
- 26.09. Treffen des Nationalen Komitee von Special Olympics Deutschland, Berlin
- 28.09.-02.10. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 05.10. Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz mit MdB Hiltrud Lotze im SOS-Hof Bockum, Lüneburger Heide
- 06.-10.10. Marktwoche, Hannover
- 12.-16.10. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 20.10. Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Inklusion, Hannover
- 21.10. Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit MdB Ulrike Bahr, Augsburg

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie auf www.kerstin-tack.de

BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

6. Oktober 2015 von 15:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder per E-Mail an kerstin.tack.wk@bundestag.de